

Medienmitteilung

Angela Merkel will die gestohlenen Bankdaten kaufen

BDP ist entsetzt über die Aussage der deutschen Bundeskanzlerin

Die BDP ist über die heute gemacht Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht nur erstaunt, sondern findet diese haarsträubend. Dass die deutsche Bundeskanzlerin die gestohlenen Bankdaten kaufen will, ist für die BDP eines Rechtsstaates unwürdig und macht sich damit zur Anstifterin von Hehlerei.

Die Bürgerlich Demokratische Partei der Schweiz BDP kann nicht fassen, dass der Rechtsstaat Deutschland die gestohlenen Bankdaten käuflich erwerben und sich so der Hehlerei schuldig machen will. Es ist nicht auszudenken, was dieses Vorgehen anrichten würde, wenn es in anderen Bereichen und Rechtsstaaten einreissen würde.

Die BDP hofft, dass die Vernunft in unserem Nachbarland obsiegen wird und sich Aussenminister Guido Westerwelle durchsetzen kann. Er hat heute an einer Medienkonferenz betont, dass sich der Staat nicht zum Mittäter von Dieben machen dürfe und dass er das Gespräch mit der Schweiz suchen werde.

Die BDP unterstützt die Haltung des Bundesrates, der in solche Fällen jede Amtshilfe verweigern will. Die BDP fordert, dass allenfalls rechtliche Grundlagen geschaffen werden, damit gestohlene Daten weder bei den bereits abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen noch bei künftigen Verträgen verwendet werden dürfen.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

01.02.2010